



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/182 - 12. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-23

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Koch fünf Wochen	S. 1
Ludwig Metzger, MdB: Eindrücke von einer Rumänienreise	S. 3
Ein Brief Fritz Heines an den "Bayern-Kurier"	S. 6
"Pfarrbriefe" im Wahlkampf	S. 8

Zwischenbilanz

sp- Knapp fünf Wochen trennen uns noch von der Bundestagswahl. Die Parteien haben ihre Kandidaten aufgestellt und der Wahlkampf ist bereits auf vollen Touren. Im In- und Ausland wird dieser Wahl eine grosse Bedeutung beigemessen. Die Wahlversammlungen sind im allgemeinen besser besucht als bei früheren Bundestagswahlen und die Auslandspresse aller Richtungen hat den Umfang und die Qualität ihrer Berichterstattung sowohl über die Wahlvorbereitungen der Parteien wie auch über den Wahlkampf selbst wesentlich über das Ausmass von 1953 gegeben. Überall spürt man, dass die Entscheidung vom 15. September innen- und aussenpolitisch von grösserer Tragweite sein wird, als jene vom 6. September 1953.

Es blieb den Vorsitzenden der CDU und Bundeskanzler Dr. Adenauer vorbehalten, gleich zu Beginn des Wahlkampfes Töne anzuschlagen und Methoden der Auseinandersetzung zu entwickeln, die in demokratischen Staaten nicht üblich sind. Daher auch die Schärfe, die sich jetzt schon im Wahlkampf bemerkbar macht. 1953 führte die CDU mit einer Schaar von Parteisatelliten den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Heute stehen dieser Partei ihre früheren Koalitionspartner, mit Ausnahme der DF und eines zur Ohnmacht verurteilten, von der FDP abgesplitterten Häufleins, die FVP, nicht mehr zur Seite. Die CDU kämpft heute als Partei allein um die Erhaltung ihrer Vorherrschaft in der Bundesrepublik. Sie hat hinter sich allerdings den Reptilienfonds des Bundeskanzlers, die vielen Wahlkampf-Millionenspenden von Teilen der Schwerindustrie und in manchen Gegenden der Bundesrepublik die offene Hilfestellung derjenigen, die nicht davon ablassen können, den Begriff Christentum in der politischen

Auseinandersetzung zu mißbrauchen.

In das Spannungsfeld der deutschen Politik strahlen auch die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Ost und West hinein. Das ist freilich auch in der geographischen Situation des gespaltenen Deutschland begründet. Die Berichterstattung der Auslandspresse über den Wahlkampf läßt deutlich erkennen, daß die Bestätigung eines dritten Kabinetts Adenauer gleichbedeutend mit der Fortsetzung jener Politik sein würde, die bisher nicht zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas geführt hat. Daher mag es auch wohl kommen, daß die früheren Koalitionspartner der CDU, der BHE und die FDP, gerade in dieser Frage ihre Hauptangriffe auf die CDU und Adenauer richten. Der Begriff des kollektiven Sicherheitssystems auf der Grundlage des wiedervereinten Deutschland, das anstelle der militärischen Blockpolitik treten muß, wenn die Spaltung Deutschlands überwunden werden soll, ist im Wahlkampf zu einem der wichtigsten Themen geworden.

Innenpolitisch konzentriert sich das Interesse der Wähler und der Parteien auf die nicht eingehaltenen Versprechungen der Adenauer-Regierung hinsichtlich einer umfassenden Sozialreform, einer Vereinfachung des Steuer-Systems und des Unvermögens der Regierung, die Preise stabil zu halten. Die CDU wollte zwar die Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Lagerung von Atommunition auf westdeutschem Boden aus dem Wahlkampf heraushalten. Das ist ihr nicht gelungen. Millionen Menschen in der Bundesrepublik spüren, daß gerade diese Frage an die Existenz unserer Nation rührt und deswegen von der Regierung klar beantwortet werden muß.

Die geistig beweglichen Kräfte unseres Volkes stehen heute - auch das kennzeichnet den Unterschied des Wahlklimas im Vergleich zu 1953 - auf der Seite jener, die die Alleinherrschaft der CDU als ein nationales Unglück empfinden. Sie sind sich bewußt, daß eine Wende der deutschen Politik herbeigeführt werden muß, wenn wir den Stürmen kommender Zeiten gewachsen sein wollen.

Was nötig ist: Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Von Ludwig Metzger, MdB.

Es ist sicher wenigen bekannt, dass in Rumänien noch 400 000 Volksdeutsche leben. Im Banat, in Siebenbürgern und in der Bukowina sind sie vor allem anzutreffen. Auf einer 14tägigen Reise, die ich auf Einladung des auswärtigen Ausschusses der Grossen Nationalversammlung durch Vermittlung der rumänischen Botschaft in Ost-Berlin unternommen hatte, hat mich besonders das Schicksal dieser Volksdeutschen interessiert. Durch die Ereignisse, die Hitlers abenteuerliche und verbrückerische Politik in Gefolge hatte, sind viele volksdeutsche Familien auseinandergerissen worden. Viele Männer leben in der Bundesrepublik oder in Österreich, während sich ihre Frauen und Kinder in Rumänien befinden. Alte Leute, die nur noch schwer für sich selbst sorgen können, möchten gerne zu ihren Kindern in die Bundesrepublik. Nächste Verwandte haben sich oft 12 Jahre und länger nicht gesehen. Das ist ein schweres menschliches Problem.

Gute Vorarbeit des Deutschen Roten Kreuzes

Das Deutsche Rote Kreuz kümmert sich deshalb seit langem um die Frage der Familienzusammenführung dieser getrennten Menschen. Im Oktober 1956 waren Verhandlungen zwischen dem rumänischen und dem Deutschen Roten Kreuz in Bukarest, die von Präsident Dr. Weitz und dem Leiter der Suchdienst-Leitstelle, Dr. Wagner, auf deutscher Seite geführt worden sind. Die getroffenen Vereinbarungen können aber erst in Kraft treten, wenn die rumänische Regierung zugestimmt hat, weil sie auf dem Standpunkt steht, dass ohne Mitwirkung des Staates den Volksdeutschen, die rumänische Staatsangehörige sind, die Ausreise und Übersiedlung nicht gestattet werden könne. Die grundsätzliche Zustimmung des rumänischen Staates ist bis jetzt noch nicht gegeben.

In einer Reihe von Verhandlungen mit politischen Persönlichkeiten des rumänischen Staates habe ich versucht, ihnen die menschliche Bedeutung der Familienzusammenführung klar zu machen. U.a. habe ich mit dem stellv. Ministerpräsidenten Barladeanu, dem stellv. Ausserminister Malnaschan, dem Mitglied des Präsidiums der Grossen Nationalversammlung und Experten für Fragen der nationalen Minderheiten im Gelts (einem Banater Schwaben) und dem Präsidenten des auswärtigen Ausschusses der Grossen Nationalversammlung, Cruceanu gesprochen. Das Deutsche Rote Kreuz hat dem rumänischen Roten Kreuz nach den Verhandlungen im Oktober 1956 eine Liste von über 8000 Personen überreicht, deren Angehörige in der Bundesrepublik die Zusammenführung wünschen.

Der stellv. Ministerpräsident Barladeanu hat mir erklärt, dass man unabhängig von der Frage, ob die Rot-Kreuz-Abkommen genehmigt werden, im Jahre 1956 etwa 180 und 1957 bis jetzt etwa 170 Volksdeutsche die Übersiedlung zu ihren Angehörigen in der Bundesrepublik gestattet und ermöglicht habe. Auf meine Bitte hat er mir eine Liste mit den Namen dieser Personen aufstellen und überreichen lassen. Ich habe diese Liste dem Deutschen Roten Kreuz zur Prüfung überlassen. Sämtliche Persönlichkeiten, mit denen ich wegen der Familienzusammenführung gesprochen habe, haben mir zugesagt, sie wohlwollend voranzubringen. Sie haben aber auch immer wieder betont, dass sich die Massnahmen viel leichter und reibungsloser durchführen liessen, wenn diplomatische Beziehungen zwischen der Bundes-

12. August 1957

republik und Rumänien bestünden und man unmittelbar verhandeln könne.

Amnestie für die Repatriierten

Andererseits hat Rumänien ein ausgesprochenes Interesse daran, dass möglichst viele Volksdeutsche zurückkehren. Durch ein Gesetz vom 26. Juni 1955 hat man für die "Repatriierten" eine allgemeine Amnestie erlassen und zugesagt, dass jeder Zurückkehrende ohne weiteres die rumänische Staatsangehörigkeit zurückgewinnt. Von der gegebenen Möglichkeit haben Volksdeutsche Gebrauch gemacht. Das Heimweh hat sie zurückkommen lassen, angeblich soll es sich um etwa 5000 Menschen aus der Bundesrepublik und Österreich handeln.

Ich habe meine Gesprächspartner ferner davon zu überzeugen versucht, dass es menschlich, aber auch politisch von grosser Bedeutung sein, wenn man die gegenseitigen Besuchsreisen von Volksdeutschen wesentlich erleichtern würde. Vor allem werde damit auch erreicht, dass möglichst viele Menschen ein zutreffendes Bild von den Verhältnissen in Rumänien bekämen. Man versicherte mir, auch in dieser Frage wolle man wohlwollend vorgehen, wies aber wieder auf die Zweckmässigkeit diplomatischer Beziehungen hin.

Nationale Minderheiten nicht behindert

Die nationalen Minderheiten in Rumänien sind in dem Gebrauch ihrer Muttersprache und in der Pflege ihrer Kultur nicht behindert. Es bestehen deutsche Schulen, die allerdings nicht mehr, wie früher zum grössten Teil konfessionell, sondern staatlich sind. Der evangelische Bischof Müller in Hermannstadt hat mir erklärt, dass auf Grund des von der Rumänischen Volksrepublik erlassenen Kultusgesetzes die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zusammen mit den aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen, die magyarische Verkündigungssprache haben, das Theologische Institut der protestantischen Kirchen mit Universitätscharakter in Klausenburg, das im September 1955 nach Hermannstadt verlegt worden ist, errichten konnte. Der deutschsprachige Zweig habe 60 Hörer. Die Meldungen seien zahlreicher als der Bedarf an Nachwuchs, so dass eine gute Auslese getroffen werden könne. In assekterer Zeit sei der Pfarrermangel in seiner Kirche behoben. Die finanziellen Mittel, die zur Erfüllung der kirchlichen Aufgaben notwendig seien, erhalte die Kirche hauptsächlich durch freiwillige Kirchenbeiträge der Glaubensgenossen und aus staatlichen Zuwendungen. Das Budget könne leichter ausgeglichen werden als früher, da die vordem grossen Spannungen in seiner Kirche einem geschlossener Zusammenstehen gewichen seien. Es gäbe keine Dissidenten; die christliche Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung werden allgemein begehrt und geleistet.

Ich hatte Gelegenheit, mit einer grossen Anzahl von Volksdeutschen in Siebenbürgen und in der Bukowina zu sprechen. Sie waren dafür ausserordentlich dankbar. Ich hatte den Wunsch, gerade auch die Bukowina zu besuchen, weil ich, solange ich Oberbürgermeister in Darmstadt war, Buchenländern die Errichtung einer geschlossenen Siedlung am Rande der Stadt

ermöglicht habe und von daher besonders eng mit ihnen verbunden bin.

Wunsch nach stärkeren Handelsbeziehungen

Es ist unmöglich, alle die Probleme, die sich mir durch meine Reise ergeben haben, in einem kurzen Artikel zu erörtern. Auf einen Punkt will ich noch hinweisen, der unser Interesse erregen muss, bei der Besichtigung von Betrieben, die im Zuge ihres Auf- oder Ausbaus vor allem sowjet russische und tschechoslowakische Maschinen bezogen haben, wurde mir immer von neuem gesagt, dass man gerne auch Maschinen aus der Bundesrepublik beziehen möchte. Ältere deutsche Maschinen, die noch im Betrieb waren, wurden mit besonderer Freude gezeigt. Dabei betonte man, es hätten früher lebhaftere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik bestanden; diesen Zustand wünsche man sich wieder herbei. In gleichem Sinne haben sich der Präsident der Handelskammer Micănu und der Handelsminister Popescu geäußert. Beide Herren machten darauf aufmerksam, dass bereits im Dezember 1956 eine deutsche und eine rumänische Delegation in Bonn Vereinbarungen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Rumänien und der Bundesrepublik protokolliert haben.

Erhard weiss nicht, worum es geht

Beinahe acht Monate, nachdem die von der Bundesregierung bestellte Delegation verhandelt und abgeschlossen hat, ist im Vertragsentwurf vorgesehene Zustimmung der Regierung nicht erteilt. Wenn Bundeswirtschaftsminister Erhard gerade jetzt erklärt hat, der Export in osteuropäische Länder betrage gegenwärtig etwa 3 % des Gesamtexports, die in der übrigen Welt noch spielend unterzubringen seien und dort mit Handkuss abgenommen würden, so beweist diese großsprecherische Art - abgesehen davon, dass es sich ja gerade um die Erweiterung des Exports handelt - nur, dass er noch gar nicht begriffen hat, um was es hier geht.

Wenn die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer und sonstiger Beziehungen zu Rumänien und den übrigen kleinen Staaten des Ostens immer noch ablehnt, so begibt sie sich damit wichtiger Einwirkungsmöglichkeiten, die gerade jetzt von größter Bedeutung sein können. Die Politik der Kadeiische geht aber vor allem auch zu Lasten der Volksdeutschen. Nachdem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu dem grossen Russland angeknüpft hat, gibt es überhaupt keinen Grund mehr, als einziger Staat des Westens normale Beziehungen zu den Kleinen zu verweigern.

* * *

11. August 1957

"Jenseits von Maß und Würde"

An die
Chefredaktion des "Bayern Kurier"

den 10. August 1957
He/K/tä-

K ü r c h a n
Richard-Wagner-Str. 27

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

wir bedauern, dass der "Bayern-Kurier", der sich als eine "christliche" Wochenzeitung deklariert, in einer jenseits von Maß und Würde liegenden Sprache schreibt und in einer fast beispiellosen Art die Tatsachen auf den Kopf stellt. Wir meinen damit ganz besonders den in Ihrer Ausgabe vom 27. Juli 1957 erschienenen Artikel "Ulbricht sammelt Stimmen für die SPD".

Es dürfte Ihnen sicherlich nicht unbekannt sein, dass die von Ihnen zitierte "Übereinstimmung" von Sozialdemokraten und Kommunisten "so gross" ist, dass diese "Übereinstimmung" unzähligen Sozialdemokraten in der Sowjetzone das Leben gekostet hat und vielen Tausenden auf lange Jahre die Freiheit, indem sie unter den unwürdigsten Bedingungen die besten Jahre ihres Lebens in Sowjetkern verbringen mussten und noch müssen. Es sollte gerade Ihnen bekannt sein, dass Ulbricht in fast jeder seiner Reden von dem "Sozialdemokratismus" in der Zone spricht, den er als den gefährlichsten Feind gegen den Fortbestand der sogenannten "Arbeiter- und Bauernmacht" bezeichnet. Gestatten Sie aber, dass wir Ihnen aus einem Brief vom 20. Juli 1957 zitieren, den der Bundesminister des Auswärtigen an einen ehemaligen sozialdemokratischen Häftling schrieb:

"Ich habe in meiner Rede in Fulda darauf hingewiesen, es sei ein historisches Verdienst, das uneingeschränkte Anerkennung verdiene, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach dem Zusammenbruch unter der Führung ihres verstorbenen Vorsitzenden Herrn Dr. Kurt Schumacher eindeutig und klar Position gegen den Kommunismus bezogen habe. Ich habe hinzugefügt, dass wir Anlass haben, für diese Entscheidung dankbar zu sein und dass sie wesentlich zu der gesamten Entwicklung beigetragen habe, deren wir uns im Bereich der Bundesrepublik freuen."

Glauben Sie, dass Herr von Brentano einen so viel schlechteren Überblick über historisch erwiesene Vorgänge hat als Ihre Redaktion?

Jeder weiss heute - auch die in Pankow -, dass alle kommunistischen Anbiederungen nur dazu angetan sind, die Sozialdemokraten bei den Wählern zu kompromittieren. Jeder weiss aber auch, dass es diesen Herren im Kreml und in Pankow darauf ankommt, den augenblicklichen Status quo so lange wie ^{nicht} möglich in Deutschland aufrechtzuerhalten. Sie werden doch sicher glauben, dass Publikationen der Londoner "Times" sozialdemokratisch inspiriert sind und wissen sicher, dass diese angesehene konservative Zeitung geschrieben hat:

"Es ist ein seltsamer Beitrag zum heutigen Leben in Deutschland, dass in der fortschreitenden Wahlkampagne einer der heissesten Befürworter Dr. Adenauers - abgesehen von der katholischen Kirche und den Industriebaronen an der Ruhr - der ostdeutsche

12. August 1957

Parteichef Ulbricht ist."

Sie finden das in der "Times" vom 20. Juli 1957.

Erich Ollenhauer schrieb vor Monaten einen Artikel für den "New Leader". Diese Ausführungen sind auch in der Bundesrepublik in Form einer Broschüre "Warum nie Aktionseinheit mit den Kommunisten" veröffentlicht worden. Dort führt Erich Ollenhauer wörtlich folgendes aus:

"Zwischen dem totalitären Kommunismus auf der einen und dem demokratischen Sozialismus auf der anderen Seite gibt es grundsätzlich keinerlei Gemeinsamkeit, es handelt sich hier um unüberbrückbare Gegensätze."

"Die Kommunisten versuchen in ihrer gegenwärtigen "Aktions"-Taktik; einzelne Forderungen der Sozialdemokraten aus dem Zusammenhang zu reißen, um so den Beweis für ihre Behauptung zu finden, es gäbe dennoch "Gemeinsamkeiten". Nehmen wir ein Beispiel dafür:

Die SPD sagt z.B., die Regierung Adenauer müsse abgelöst und durch eine neue, bessere Regierung ersetzt werden. Die Kommunisten sagen, auch sie vertreten diese Ansicht.

In Wirklichkeit verhält es sich indes so, dass die Sozialdemokraten eine neue Regierung wünschen, die mehr Freiheit gewährt, besser die Belange der besitzlosen Schichten vertritt und sich aktiver um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit einsetzt.

Die Kommunisten wollen hingegen eine Regierung, die ihnen hilft, ganz Deutschland für die Sowjetisierung, d.h. für die Errichtung eines deutschen Sowjetsatelliten reif zu machen... Ähnlich verhält es sich mit anderen Forderungen der Sozialdemokraten, die sich die Kommunisten angeblich zu eigen gemacht haben."

Sie schreiben, es werde immer offenkundiger, warum Erich Ollenhauer so viel gegen einen scharfen Wahlkampf habe. Dabei wissen Sie ganz genau, dass sich Erich Ollenhauer oder andere maßgebende Sozialdemokraten niemals gegen einen scharfen Wahlkampf ausgesprochen haben. Schon im Kommuniqué des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Sitzung einiger Führungsgremien vom 29./30. März 1957 heisst es:

"Die Sozialdemokratie wird bei aller gebotenen Schärfe den Wahlkampf sachlich führen."

Oder sollte Ihnen unklar sein, dass Erich Ollenhauer im Bayerischen Rundfunk erst am 10. Juli wieder folgendes sagte:

"Bei aller Härte des politischen Kampfes gibt es Grenzen und es gibt Gemeinsamés, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollte, denn wir schaden damit nur uns selbst als Volk und Land!"

Wenn Erich Ollenhauer anknüpfend erklärte, dass der Bundeskanzler "in seinem Hass gegen die Opposition jeden Sinn für Sachlichkeit, für Respekt vor einer ehrlichen gegnerischen Auffassung und für eine übrige Austragung politischer Gegensätze verloren hat", so bedauern wir, das ebenfalls von dem "Bavaria-Kurier" sagen zu müssen.

12. August 1957

Austritt als Vorleistung gefordert hat. Erst am 27. Juli heisst es im Sozialdemokratischen Pressedienst:

"Damit es auch dem Naivsten und Böswilligsten klar wird: Niemals war es Grundlage sozialdemokratischer Politik, den Austritt aus der NATO für die Bundesrepublik als Vorleistung zu fordern."

Wir bitten Sie, diesen Beitrag aus Gründen der Sachlichkeit und der Fairness zu dem oben erwähnten Artikel "Ulbricht sammelt Stimmen für die SPD" in Ihrer Zeitung abzu drucken.

Hochachtungsvoll
Fritz Heine

* * *

Appell an die Dummheit

Kö. Da hat es die katholische Pfarrgemeinde von Bank bei Kohlscheid den Sozialdemokraten aber ordentlich gegeben! An drei Sonntagen hintereinander beschäftigte sich ihr "Pfarrbrief" in einer Fortsetzungs-Story mit dem Teufelzeug Sozialismus und den Verbrechen, die die Sozialdemokraten angeblich begangen haben und noch begehen werden. Es wird einem angst und bange bei der Lektüre dieses inquisitorischen "Pfarrbriefs", der aus dem finstersten Mittelalter zu kommen scheint.

Die SPD ist der ärgste Feind der Kirche, trotz ihrer "freundlicheren Maske", die "endlich herunterzureissen" sich der Banker Pfarrbrief bemüht. Und was will diese schreckliche Partei? In fünf Punkten haben wir das ganze Programm. Eine sozialdemokratische Regierung würde alle öffentlichen Mittel für die Kirchen sperren, den Religionsunterricht abschaffen und das christliche Kreuz verbieten. Wehe den Eltern, die ihren Kindern eine religiöse Erziehung angedeihen lassen wollen! Sie werden "...der Zwange der Verstaatlichung unterworfen, so wie man Bergwerke und Banken sozialisiert". Beweise? Nun ja, für den Banker Pfarrbrief ist es "erwiesen", dass Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die aus der Kirche ausgetreten sind, die Sozialdemokratie beherrschen. Und im übrigen "lehrt die tägliche Erfahrung, dass SPD-Schriftleiter, Abgeordnete, Bürgermeister, Parteiführer sich in der Regel nach dem Tode verbrennen lassen." Da haben wir's! Alles blanker Unsinn, ist's doch gut genug, die Gläubigen zu erschrecken.

Munter plaudert die Gruselgeschichte in Fortsetzungen weiter: Die Sozialdemokraten "fördern die wilden Ehen", verlangen die "Aufhebung der Strafgesetze für Schwangerschaftsunterbrechung" und wollen so die unschuldigen Kinder im Mutterleib töten. (Schade nur, dass der Pfarrbrief nicht in der Lage ist, entsprechende Anträge der SPD im Bundestag zu - 9 -

zitieren!) Dafür weiss er auszusagen, dass die SPD "stets und überall den Standpunkt der sturen Ablehnung, des Kampfes und Hasses gegen das Christentum einnimmt". Ach, und die armen Alten! Baut ihnen die SPD schon Altersheime, dann "...tut sie das nur mit dem Hintergedanken der Abhängigkeit und Beeinflussung in nichtchristlichem Sinne." Wie man nun deutlich sieht: von der Wiege bis zum Krematorium sind die Sozialdemokraten der personifizierte Teufel.

Der kriminelle Reisser wäre unvollkommen, fehlte der Hinweis, dass die SPD Deutschland un alle katholischen Christen geradewege in den Bolschewismus führt, damit Moskau auch bei uns "die rote Diktatur aufrichten kann". Wer's nicht glaubt, hat selber Schuld. Offenbar aber gibt es in der Gemeinde Bank noch genug Leute, die nicht an das Schauerzirkon vom satanischen Sozialismus glauben. Sagt doch der Pfarrbrief von Bank bei Köhlscheid: "In fast jeder Gemeinde wird es bis zur Stunde sogenannte 'gute, brave Katholiken' geben, die des besten Glaubens sind, sie könnten Christentum und Sozialismus sehr gut miteinander vereinbaren. Sie glauben an Gott und 'gehen zur Kirche' und empfangen die heiligen Sakramente, sind auch sonst ganz friedliche Bürger, aber sie haben doch ein Brett vor dem Kopf und lassen sich ganz schön einseifen". -

Die Frage, wer hier wen einseift, muss man nach der Lektüre des Pfarrbriefs nicht beantworten. Das abgrundtunne, hyperverlogene Pamphlet besorgt das von selbst. Warum wir ihr überhaupt die Ehre der Erwähnung antun? Weil es "Pfarrbriefe" ähnlicher Art in der ganzen Bundesrepublik gibt. Wo die Direktpropaganda der CDU nicht hinreicht, wollen einzelne "Pfarrbriefe" auf ihre Art die Kanzlerthese vom Untergang Deutschlands durch die SPD verbreiten helfen. Am Beispiel des zitierten Pfarrbriefs lässt sich ablesen, wie weit der Wahlkampf der CDU die Grenzen des guten Geschmacks verlassen hat, wie skrupellos gläubige Christen in Gewissensnöte gebracht werden. Nur gut, dass längst nicht alle katholischen Pfarrgemeinden auf dieses Niveau hinabsteigen und dass immer weniger Katholiken diesen Stil der politischen Auseinandersetzung gutheissen, weil sie derartige Appelle an die Dummheit als Beleidigung empfinden.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel